Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 40 (1961)

Heft: 5

Buchbesprechung: Literatur

Autor: Brügel, J.W. / Thurneysen, G.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Literatur

J. W. BRÜGEL

Der Gründer der kanadischen Sozialdemokratie

Von der kanadischen sozialistischen Bewegung, ihrer Geschichte und ihrer Tätigkeit weiß man in Europa sehr, sehr wenig. Das ist aus verschiedenen Gründen bedauerlich. Zunächst einmal ist die kanadische Sozialdemokratie, die diesen Namen aber nur im französischen Teil des Landes verwendet und sonst aus Tradition die Bezeichnung CCF (Co-operative Commonwealth Federation) trägt, die Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale mit dem größten Aktionsradius. Sie wirkt, wenn auch nicht überall, auf einem 7000 Kilometer langen Territorium, was ungefähr der Entfernung von Lissabon nach Moskau entspricht. Dann hat sie seit sechzehn Jahren, in vier Wahlgängen seither bestätigt, die Regierungsgewalt in dem Gliedstaat Saslatschewan der kanadischen Föderation inne, der größer als Frankreich ist, aber wenig mehr als eine Million Bewohner zählt. Die Stärke der sozialistischen Bewegung liegt dort weniger in den Arbeitermassen als in den Farmern der Prärien; nichtsdestoweniger konnte die sozialistische Regierung von Saskatschewan eine vorbildliche Sozialpolitik und Sozialversicherung einführen. Kein europäischer Sozialist hat dieses einzigartige Experiment bisher an Ort und Stelle studiert. Es gibt nur ein Buch eines amerikanischen Professors (Martin Lipset, Agrarian Socialism, Berkeley, USA, 1950), das eine lebendige Schilderung der in diesem Experimentierfeld durchgeführten Reformen gibt, allerdings bloß in ihrem Anfangsstadium. Nun ist eine Biographie des Begründers und ersten Führers der kanadischen Sozialdemokratie erschienen, die weit mehr als eine Lebensbeschreibung ist, sondern uns die Vorgeschichte und die Geschichte der CCF bis zum Kriegsausbruch gibt. (Kenneth McNaught, A Prophet in Politics. A Biography of J. S. Woodsworth, University of Toronto Press, 1960, 340 Seiten.) McNaught ist Professor für moderne Geschichte an der Universität Toronto; daß sich ein zünftiger Historiker gründlich mit der Lebensgeschichte eines Pioniers der Arbeiterbewegung beschäftigt, der nie ein Regierungsamt innegehabt hat, ist schon an sich bemerkenswert. Dabei ist das Buch nicht nur mit ungewöhnlicher Sachkenntnis, sondern auch mit unverhohlener Sympathie geschrieben. James S. Woodsworth (1874–1942) ist der im angelsächsischen Sprachkreis nicht seltene Typ des Methodistenpredigers, dessen Sinn für soziale Gerechtigkeit und Haß allen Unrechts ihn in die Reihen der sozialistischen Bewegung treibt. Woodsworth hat ihr ein ganzes Menschenalter gedient und wurde zum erstenmal 1922 ins kanadische Bundesparlament gewählt, als es

die 1932 gegründete CCF noch gar nicht gab. Er hat damals für einen kanadischen Ableger der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei (ILP) kandidiert, die einer der Vorläufer der Bewegung war, die eben jetzt in Kanada durch eine stärkere Bindung an die Gewerkschaften auf eine breitere Basis gestellt werden soll – davon erhofft man sich die Möglichkeit, von der dritten zur zweiten Stelle im Bundesparlament in Ottawa aufzurücken und damit zum Anwärter auf die Regierungsgewalt im ganzen riesigen Lande zu werden. 1932, als die CCF inmitten der fürchterlichen Weltwirtschaftskrise gegründet wurde, hatte man allerdings andere Vorstellungen: man hoffte, das Land mit einem orthodox-sozialistischen Programm der Krisenbekämpfung mitreißen zu können. Dafür legt das im Anhang des Buches abgedruckte (und inzwischen 1958 modernisierte) Programm von 1933 interessantes Zeugnis ab. Der Erfolg war nicht durchschlagend, aber er war ein Erfolg, denn in Saskatschewan wird seit 1944 sozialistisch regiert, im industriellen Britisch-Kolumbien ist die CCF die offizielle Opposition und sie hat auch sonst mit Ausnahme der konservativ-französischen Teile fast überall Positionen. Die Vorstellungen der CCF für einen Gesundheitsdienst nach englischem Muster haben ihr bürgerliche Regierungen vielfach abgeguckt. Soweit der Aufbau einer Partei in einem Lande dieser Ausmaße überhaupt auf das Konto eines Mannes geschrieben werden kann, hat J. S. Woodsworth diese Arbeit geleistet. Seine Persönlichkeit und sein Werk kommen in dem Buch McNaughts, das ein Stück Geschichte des Sozialismus darstellt, ausgezeichnet zum Ausdruck.

Die Energiewirtschaft, Band 1 der Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1960.

In dieser Studie einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe werden Struktur, Organisation und Entwicklungstendenzen der verschiedenen Sektoren der Energiewirtschaft behandelt. Das 300 Seiten starke Werk, das viel Zahlenmaterial enthält, ist auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zugeschnitten, dürfte jedoch auch beim schweizerischen Leser Interesse finden, insbesondere deshalb, weil in unserem Lande umfassende Darstellungen der energiewirtschaftlichen Probleme kaum zu finden sind. Für eine im Wachstum befindliche Wirtschaft ist eine rationelle und ausreichende Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. Es geht hier um Fragen, die auch für die Schweiz außerordentlich aktuell sind. Wir diskutieren zwar über Pipelines, über die Nutzung von aus der Sahara stammendem Erdöl und Erdgas sowie über Möglichkeiten der friedlichen Verwendung der Kernenergie, sind uns aber gleichwohl zuwenig bewußt, daß unsere Wasserkräfte als Grundlage der Elektrizitätsversorgung nicht unerschöpflich sind. Unser

jährlicher Elektrizitätsverbrauch liegt heute bei rund 17 Milliarden Kilowattstunden. Der volle wirtschaftliche Ausbau der Wasserkräfte dürfte eine Kapazität von rund 35 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie schaffen. Nun wird von Fachleuten geschätzt, daß diese Grenze etwa im Jahre 1975 erreicht sein wird. Das bedeutet, daß wir bis zu diesem Zeitpunkt nach neuen Energiequellen, die wirtschaftlich genutzt werden können, Ausschau halten müssen. Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ergäben sich unabsehbare Folgen, wenn eines Tages ein Engpaß in der Energieversorgung entstehen würde.

In dem vorliegenden Gemeinschaftswerk über die Energiewirtschaft wird von jener Energiequelle ausgegangen, die noch zu Beginn dieses Jahrhunderts fast ausschließlich den Weltenergiebedarf deckte: die Kohle. Seither ist eine Verschiebung eingetreten, die sich besonders nach dem Zweiten Weltkrieg beschleunigt hat. An der gesamten Primärenergieversorgung der Welt dürfte heute die Steinkohle nur noch mit etwa 45 Prozent beteiligt sein, während rund ein Drittel auf Erdöl entfällt. Die Kohle, die früher fast eine Monopolstellung hatte, sieht sich einer ständig wachsenden Konkurrenz durch das Erdöl und – allerdings in geringerem Maße – das Erdgas ausgesetzt. Die Autoren dieses Buches schildern sehr eingehend den westdeutschen Kohlenbergbau, die wirtschaftlichen und technischen Probleme, insbesondere auch die Unternehmensstruktur und die mannigfachen Verflechtungen.

Die europäische Erdölwirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß im Raum der OECD-Staaten jährlich 15 Millionen Tonnen Erdöl gefördert werden, der Verbrauch aber das Zehnfache beträgt. In der Bundesrepublik wie in andern europäischen Staaten ist die Mineralölwirtschaft von einigen großen ausländischen Gesellschaften beherrscht. Die Darstellung der Unternehmens- und Marktverhältnisse sowie aufschlußreiche Hinweise auf die künftige Entwicklung im Ölsektor sind selbst für Leser, die mit den Verhältnissen in unserem nördlichen Nachbarland nicht näher vertraut sind, äußerst wertvoll. Weitere Kapitel dieses Buches sind der Elektrizitäts- und der Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gewidmet, wobei zur Abrundung des Bildes und zu Vergleichszwecken stets auf Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten hingewiesen wird. Leider sind die Kapitel über die Atomwirtschaft und die Erdgaswirtschaft etwas kurz geraten; für diesen Mangel entschädigen aber die reichhaltigen statistischen Unterlagen, viele Tabellen und Schaubilder. Bh.

Leo Trotzkij: Verratene Revolution Veritas Verlag Zürich, 305 Seiten.

Unsere ganze Welt, Osten und Westen, ist in den Strudel so rascher und umwälzender Entwicklungen hineingerissen worden, gewaltige Probleme rufen hüben und drüben so gebieterisch nach grundlegenden Lösungen, daß wir es uns nicht mehr leisten können, uns hinter althergebrachten Lösungen zu verschanzen, sondern daß wir uns erneut mit dem Marxismus als solchem einerseits und mit dem Zustande seiner Verwirklichung in der Sowjetunion anderseits auseinandersetzen müssen. Dieser Aufgabe will sich der junge Veritas-Verlag in Zürich widmen und macht mit der Neuherausgabe von Trotzkijs abschließendem Werk, der Verratenen Revolution einen sinnvollen Anfang.

Trotzkij hat diese strenge, überlegene Bestandesaufnahme der tragischen, wirtschaftlich begründeten Entwicklung der großen, revolutionären Befreiung in eine in jeder Hinsicht unbarmherzige Diktatur schon im Jahre 1936 verfaßt, also noch vor den großen Säuberungen der stalinschen Ära und auch vor dem Zweiten Weltkrieg und dem unerhofften Sieg der UdSSR und dem dadurch bedingten großen Macht- und Wirtschaftsaufschwung. Dennoch wirkt das Buch gar nicht überholt. Wir wissen, daß der Zweite Weltkrieg Hitlers wegen über weite Strecken viel mehr eine sinnlos-grauenhafte Parenthese in der kulturellen und politischen Entwicklung Europas war als ein Schritt vorwärts. Wir wissen auch — gerade durch den vermehrten Kontakt mit Rußland —, daß trotz großartigen Realisationen und mächtiger Potentialzunahme die Grundlage des Volkslebens immer noch weithin die der stalinistischen Ära geblieben ist.

Wieso wurde die beabsichtigte vollkommene Demokratie der Sowjets zur Diktatur einer hochprivilegierten Schicht? Wie kam es, daß die erstrebte, alle Lebensgebiete umfassende Solidarität, der allgemeine Austausch der Güter, Dienste und Leistungen zu der ausgeprägtesten Kastenherrschaft geworden ist, durch welche sämtliche Postulate der Revolution von innen her ausgehöhlt worden sind? Trotzkij sieht — in strenger marxistischer Analyse und unter Ausklammerung jeder allzu persönlichen Leidenschaft und Erbitterung — die Ursache in der viel zu weit zurückgebliebenen wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands zur Zeit der Revolution. Die marxistische Forderung einer klassenlosen, staatenlosen Gesellschaft ist für ein hochindustrialisiertes Land konzipiert. Die junge UdSSR stand von Anfang an in einem fast unüberwindlichen Widerspruch drin. Rasche, großzügige Industrialisierung tat not, sollte die sozialistische Gesellschaft zur greifbaren Wirklichkeit werden, und das in dem Augenblick, da durch das Ausbleiben der Revolution im viel höher entwickelten und industrialisierten Westen die Möglichkeit eines sozia-

listischen Austausches auf breiter Basis nicht mehr in Frage kam. Rußland befand sich — ganz abgesehen von den Verwüstungen durch den Bürgerkrieg — in einer vollständig «unsozialistischen» Lage: die Bauern hatten alles zu liefern, die Industrie und die Arbeiterschaft nichts. Der Staatsapparat konnte nicht — wie dies das sozialistische System vorsah — allmählich aussterben, sondern er erstarkte im Gegenteil als Schiedsrichter zwischen den Bauern und den Arbeitern und noch viel mehr unter dem Druck der Ereignisse überhaupt und der dadurch bedingten Notwendigkeit menschlicher, allzu menschlicher, empirischer Zwangsmaßnahmen, durch die ein Minimum an Ordnung aufrechterhalten werden sollte. Dazu kam nun noch ein massenpsychologisches Phänomen: es gibt eine Regel, daß Völker und deren Führer nach einem gewaltigen Umsturz einen Augenblick der Erschöpfung durchmachen, wobei sie in eine kleinliche, leicht konservative Phase geraten; dabei werden dann die Ideale, die den Impuls zum Umsturz geliefert hatten, rein statisch aufgefaßt und erstarren zu einer Orthodoxie, die sich mit der Wirklichkeit nicht mehr deckt. In dieser Verfassung haben die Führer der Russischen Revolution den Auftakt zur Industrialisierung sowie zur strukturellen Umgestaltung der Landwirtschaft verpaßt, bis das Chaos so groß geworden war, daß die wirtschaftliche Planung im Eiltempo und unter Zuhilfenahme von Zwang durchgeführt werden mußte, wobei das Ausmaß der verschiedenen Maßnahmen und deren Auswirkung vielfach nicht mehr kontrollierbar blieben und wobei ethisch niedrigstes Strebertum und Egoismus zum Zuge kamen. Dadurch wurde der von Anfang an vorhandene Widerspruch nur noch verschärft, einerseits wurde die Landwirtschaft gewaltsam kollektivisiert und der Sozialismus damit als verwirklicht erklärt, anderseits aber wurde — um die Leistungen zu forcieren — der Akkordlohn in bar und Begünstigungen und — in begrenztem Ausmaße — neben der kollektiven Landwirtschaft eine parallele private wieder eingeführt. Auf der einen Seite wurde die Industrialisierung durch die Fünfjahrespläne großartig eingeleitet und erklärt, das sei ebenfalls Sozialismus, Gemeingut aller Bürger; auf der andern Seite wurde das Wohl der breiten Massen einfach unterschlagen. Die Ideologie wurde mit diesem Widerspruch nur so fertig, daß sie rein statisch blieb: die besitzende Klasse wurde in Rußland abgeschafft, also haben wir den Sozialismus in diesem Lande. Der empirische Zwang, die Angst vor jeder Art von Bedenken angesichts dieses Widerspruches, das rücksichtslose Kleben der Kader am schon Gewonnenen und Genossenen, all das konnte nur in eine maßlose Diktatur ausmünden. Die schrecklich hohe Zahl der Opfer und das Ausmaß der geistigen und ethischen Sterilität schildert Trotzkij mit großer, tiefer Traurigkeit. Heute ist Rußland trotz Gesinnungsterror — oder gerade wegen desselben — kein sozialistisches Land mehr, sondern ein Land der größten sozialen Unterschiede: faktisch verfügt eine Herrenkaste, bestehend aus den Parteikadern und leistungsfähigen Strebern und Anpassern über alle wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften und über sämtliche Wohlfahrtseinrichtungen und — durch Verschmelzung von Partei, Gewerkschaften und Sowjets in einer einzigen Clique — über die absolute Macht. Trotzkij sieht keine andere Hoffnung als die einer neuen Revolutionswelle, ausgelöst durch das neuentstandene russische Proletariat, getragen von der jungen Generation und beschleunigt durch die weltweite Emanzipierung der Kolonialvölker.

Die heutigen Herrscher der UdSSR sehen allem Anschein nach die Lösung der Gegensätze in der bald eintreffenden Vollendung der Industrialisierung, in einer Blütezeit des an Natur- und Menschenkräften sowie an Hilfe und Lieferungen der Satellitenländer reichen Landes, während die Chinesen einen strengeren, viel radikaleren Kommunismus vertreten wollen.

Das hat zur Folge, daß in jedem Kolonialvolk, das seine Unabhängigkeit erlangt, sofort eine Auseinandersetzung beginnt: die Auseinandersetzung um einen rechten, sich gesund entwickelnden Sozialismus. Jedes Land, das frei wird, wird so zu einer Bewährungsprobe für uns. Denn die Kolonialvölker sind unser Proletariat. Es muß zugegeben werden, daß der westliche Kapitalismus, offener und weitsichtiger als der russische vor 1917, immer ein Stück weit bereit war, der Arbeiterschaft als Güter- und Kulturkonsumentin und zur Wahrung des Friedens einen bestimmten — wenn auch bescheidenen — Preis zu zahlen. Dafür wurde die Ausbeutung und Unterdrückung dann ganz einfach auf die Kolonialvölker abgewälzt. Daher muß nach einem gesunden, nicht bloß geldwirtschaftlichen Dienst- und Leistungsaustausch zwischen uns und all den jungen Staaten in Afrika, Asien und Zentral- und Südamerika gestrebt werden.

Ein anderer Faktor erschwert uns die Prognose und sollte uns auch veranlassen, wo immer möglich, gemeinsam und auf breitester Basis nach Lösungen zu suchen: die Annäherung unseres heutigen Gesellschaftssystems an das russische. Wenn dort — theoretisch — das Volk und bei uns — oft auch theoretisch, man denke an die «Volksaktien» — die Aktionäre Besitzer sind, so üben doch dort wie hier die Manager, die Kader und Planungstechniker, die tatsächliche Macht aus. Die Triebfeder der wirtschaftlichen, technischen, industriellen und organisatorischen Leistung ist im Westen wie im Osten die «efficiency», viel mehr als der Reichtum. Und mit dem Kommen der Automation wird der Abgrund zwischen dem hochspezialisierten Techniker einerseits und dem ungelernten Handlanger anderseits wohl noch viel tiefer werden.

Trotzkij hat natürlich in seiner Kritik den klassischen Marxismus voll bejaht, wenn auch mit der Großzügigkeit einer hervorragenden Intelligenz und eines warmen, idealistischen Schwunges. Und die Entwicklung in Rußland hat er als Verrat am Marxismus empfunden. Heute müssen wir uns allerdings fragen, ob der Marxismus — nicht nur als eine im 19. Jahrhundert entstandene Weltanschauung, sondern selbst in seinem Ansatz und in seinen Grundgedanken — nicht wissenschaftlich überholt ist, weil der technische Fortschritt die Struktur der Wirtschaft und der Arbeit ständig ändert und die ausbeutende Schicht und die ausgebeutete Klasse ständig an einem neuen Ort und unter andern Umständen erstehen läßt. Dazu kommt, daß der Marxismus auf dem wissenschaftlichen Begriff der exakt meßbaren und einzusetzenden Kräfte beruht. Ins soziologische Gebiet übertragen heißt das: mit dem Begriff der Macht operieren. Der Marxismus wollte den Menschen befreien, war voller messianischer Komponenten; er hat aber dem Proletariat die Macht geben wollen, nicht etwa Brot, Wissen und Würde, und er hat daher die Machtmenschen entfesselt und zu einem Kollektiv zusammengeballt, das nun die Macht eisern festhält. Das eben ist in Rußland geschehen.

Die heute wohl am besten verwirklichte und humanste sozialistische Gesellschaft ist wohl der neue Staat Israel, der aus ebensoviel religiösen wie sozialistischen Impulsen entstanden ist — und eben nicht auf Grund eines Schemas der Machtergreifung, sondern auf dem schlichten Grund gegenseitiger Hilfe in größter seelischer und materieller Not und Bedrängnis, unter Opfern und ohne Propaganda.

Wir dürfen uns ruhig fragen, ob ein Netz solcher kleiner, begrenzter, von einer Elite getragener Experimente auf der ganzen Welt nicht ebenso schnell und sicherer zu einer sozialistischen Gesellschaft führen kann als eine klassische Revolution und ob vor allem das Ergebnis solcher Versuche nicht dauerhafter ist und nachhaltiger wirkt als ein brutaler Umsturz mit Blutvergießen und vielen, oft sinnlosen Opfern.

G. Thurneysen

Blick in die Zeitschriften

Eine andere Seite des Mutes in unserer Zeit erörtert Werner Spanehl im Leitartikel von Nr. 3 des von ihm redigierten Organs der Deutschen Postgewerkschaft («Deutsche Post»). «Mut zur Kritik» überschreibt er seine Betrachtungen, in denen er zunächst anhand konkreter Beispiele aus den USA und der Deutschen Bundesrepublik zeigt, wie vielen Menschen es heute an Mut fehlt. Dann kommt Spanehl zu folgenden Feststellungen, die unmittelbar für die Deutschen gelten, aber für alle Demokratien Bedeutung haben:

«Die parlamentarische Demokratie wird hierzulande gern mit einer gutfunktionierenden Regierung und Verwaltung verwechselt... Der Obrigkeitsstaat unserer Vorfahren geistert da noch irgendwie in unseren Gefühlen herum. Diese Gefühle aber sind es, die uns so kritikfeindlich machen.